

1194 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen desBundesrates

B e r i c h t

des Wirtschaftsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Juli 1974 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Nominalverzinsung für öffentliche Anleihen zuzüglich einer Spanne von 2,5 % als Grundlage für die Berechnung der Annuitätenzuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 herangezogen werden, um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Nominalverzinsung von öffentlichen Anleihen die Situation für langfristige Investitionen auf dem Wohnungssektor besser wiedergibt als die Bankrate.

Ferner soll den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, für die Jahre 1974, 1975 und 1976 Darlehen aus öffentlichen Mitteln bis zu 70 v.H. der Gesamtbaukosten zu gewähren.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung am 15. Juli 1974 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Juli 1974 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 15. Juli 1974

Hötzendorfer
Berichterstatter

Dr. Iro
Obmann